ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Quesnay lebt (und Keynes ist am Genesen) oder Die europäische Konjunktur am Vorabend der dritten Stufe der WWU

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (1997) : Quesnay lebt (und Keynes ist am Genesen) oder Die europäische Konjunktur am Vorabend der dritten Stufe der WWU, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 23, Iss. 4, pp. 441-448

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332509

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Editorial

Quesnay lebt (und Keynes ist am Genesen) oder Die europäische Konjunktur am Vorabend der dritten Stufe der WWU

Die Profession der Konjunkturforscher, sowohl der Analytiker als auch der Prognostiker, steht wieder einmal vor besonders großen Herausforderungen. Die Entscheidung über den Teilnehmerkreis an der gemeinsamen europäischen Währung rückt immer näher, und dazu stellen die präzise und rezente quantitative Bewertung der Wirtschaftslage sowie eine möglichst exakte Vorschau notwendige Voraussetzungen dar. Und genau dies ist derzeit ein besonders schwieriges Unterfangen. Denn einerseits ist die statistische Datenlage durch die Weiterentwicklung des Binnenmarktes sowie durch zahlreiche Systemumstellungen zum Zwecke der Harmonisierung kräftig durcheinander gebeutelt, andererseits wird vielfach auch damit gerechnet, daß gerade im Jahr "t-1" sowohl Ökonomen als auch Finanzmärkte von einer besonders ausgeprägten Nervosität befallen werden und damit die wirtschaftliche Entwicklung bis zum 1. Jänner 1999 besonderen Unsicherheiten ausgesetzt sein könnte, welche eben aus der bevorstehenden Entscheidung über die Teilnahme am Euro und aus den zu fixierenden endgültigen Umrechnungsverhältnissen resultieren. Hier soll daher eine knappe Einschätzung versucht werden, wo die europäische Wirtschaft am Vorabend der dritten Stufe der Währungsunion steht, warum sie hier steht und in welche Richtung sie sich bewegen könnte.

I.

Schon der Versuch, die erste Frage (nach dem "Wo") eindeutig zu beantworten, ist mit großen Unsicherheiten verbunden, vergegenwärtigt man sich etwa die widersprüchlichen Meldungen über Rekordgewinne einerseits und über unverändert untragbar hohe und teils sogar noch steigende Arbeitslosenraten andererseits. Faktum ist, daß die europäische Wirtschaft seit der tiefen Rezession 1993 und dem neuerlichen Rückschlag 1995/96 einen langsamen und zähen Aufschwung erlebt, der nicht so recht an Eigendynamik gewinnen will. Die Wachstumsraten der zweiten Hälfte der achtziger Jahre (von der EU-Kommission ger-

ne als Referenzperiode angeführt), im Durchschnitt 1986-90 immerhin 3,6 Prozent pro Jahr, die in der EU damals auch für ein jährliches Beschäftigungswachstum von 1,3 Prozent sorgten, sind im derzeitigen Aufschwung nur in wenigen kleinen Ländern erreicht worden. Der EU-Durchschnitt klettert - nach den Herbstprognosen von EU-Kommission, OECD und IWF - erst gegen Ende des zweiten Jahrtausends, also nach einer Dekade, wieder auf die Drei-Prozent-Marke. Übrigens sollte gemäß diesen Prognosen im Jahr 1999 beim EU-weiten Beschäftigungswachstum dann auch endlich wieder die Null vor dem Komma durch eine Eins verdrängt werden.

Als die größten Hemmnisse für ein kräftigeres Wirtschaftswachstum und damit den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft in der ersten Hälfte der neunziger Jahre werden in der Regel hohe Realzinsen, insbesondere in Anbetracht der schwachen Wirtschaftsentwicklung, sowie Währungsturbulenzen genannt. Hier soll auf die Frage, welche anderen theoretischen oder praktischen Optionen der Wirtschaftspolitik in dieser Phase offengestanden wären, nicht weiter eingegangen werden. Tatsache ist jedenfalls, daß die kurz- und langfristigen Zinsen in der EU mittlerweile auf einem niedrigeren Niveau konvergieren, und auch, daß sich die Situation an der Währungsfront nun wieder entspannter darstellt. Die Währungsrelationen innerhalb der EU haben sich nach einer Korrekturphase weitgehend stabilisiert, und die Abwertung des DM-Blocks gegenüber dem US-Dollar schaffte den Exporteuren wieder etwas mehr Luft.

Daneben steigt in der EU das erreichte Maß an Stabilität, die Konvergenz bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie bei den Inflationsraten schreitet bemerkenswert voran. Weiters sorgen seit Jahren sinkende Lohnstückkosten und eine Ertragslage der Unternehmen, die derjenigen der "goldenen" sechziger Jahre um nichts nachsteht, für noch bessere Voraussetzungen als in der starken Wachstumsphase gegen Ende der achtziger Jahre. Der Freund rein angebotsseitiger Rezepturen zur Belebung der Wirtschaft hätte somit allen Grund zur Freude, wäre da nicht die ungebührend zögerliche Wachstumsentwicklung, die ihm Anlaß dazu geben sollte, sein Theoriegebäude auf gröbere Risse hin zu untersuchen. Ein solcher Riß könnte etwa in der Geringschätzung der Bedeutung der Gesamtnachfrage bestehen.

II.

Neoliberale Modeerscheinungen wie Deregulierung und Liberalisierung führten nicht nur zu einer Zersplitterung und Individualisierung von Interessen, sondern auch zu einer Domi-

nanz der Mikro-Ebene bei der Betrachtung wirtschaftlicher Phänomene. Gesamtwirtschaftliche Aggregate wie etwa die Nachfrage werden dabei ebenso gerne unterschätzt bzw. ausgeblendet wie die Zusammenhänge im volkswirtschaftlichen Kreislauf. Nun mag zwar die Feststellung richtig sein, daß - insbesondere national angewandt - traditionelle keynesianische Rezepte durch die weitverbreitete Anspannung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte ebenso deutlich an Attraktivität einbüßen mußten wie durch die zunehmende internationale Verflechtung, welche die beschäftigungsschaffende Nachfrage via Importe, etwa von langlebigen Konsumgütern oder Reisen, vielfach ins Ausland verlagerte.

Dies bedeutet jedoch nicht, das die Gesamtnachfrage gar keine Rolle mehr spielt. Natürlich gelten die Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftskreislaufes nach wie vor, und ebenso das in der Spieltheorie als "Gefangenendilemma" bezeichnete Phänomen, daß die Summe der individuellen Nutzenmaxima nicht den maximalen Gesamtnutzen ergibt. Ohne eine zumindest mittelfristig ausgewogene Entwicklung von Angebot und Nachfrage wird das Hoffen auf eine nachhaltige Konjunkturbelebung vergebens sein, wenn auch die angebotsseitigen Voraussetzungen (*"Erträge"*) dafür noch so positiv sind. Daß die Konjunktur trotzdem nur zaudernd anspringt, wird vielfach - auch von der EU-Kommission - dem Faktor "Unsicherheit" zugeschrieben. Nun gibt es sicherlich vielfältige Unsicherheiten, etwa bezüglich der Nachhaltigkeit der Konsolidierung öffentlicher Haushalte, der Entwicklung von Wechselkursen, von Zinssätzen u.ä. Was dabei allerdings zumeist verschämt verschwiegen wird, ist die Ungewißheit darüber, ob in Anbetracht von Rekordarbeitslosigkeit und extrem schwacher Realeinkommensentwicklung auch genügend zahlungskräftige Abnehmer für Güter und Dienstleistungen gefunden werden können (*"Ertragserwartungen"*). Und dies dürfte eigentlich gerade jene am wenigsten verwundern, die mit ihrer erfolgreichen Propagierung von Lohnzurückhaltung bzw. von Lohnsteigerungen, die unter dem Produktivitätsfortschritt liegen, maßgeblich zur Schwächung der Kaufkraft der privaten Haushalte beitrugen.

Aber nicht nur die Konsumnachfrage, sondern auch die beiden anderen großen heimischen Nachfragekomponenten können nun schon seit Jahren ihre Dynamik nur mit angezogener Handbremse entwickeln: Dies betrifft erstens die Investitionen, deren erwartete Erträge mit einem Zinsniveau zu konkurrieren haben, welches die selbst hinter einer nur einprozentigen Preissteigerungsrate drohende galoppierende Inflation abtöten will. Zweitens wird die öffentliche Nachfrage durch die Jagd nach der zeitgerechten Erfüllung der fiskalischen Maastricht-Kriterien radikal

gebremst (zur Vollständigkeit: auch ohne Maastricht und Stabilitätspakt wäre eine kräftige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den meisten EU-Ländern, Österreich eingeschlossen, nötig gewesen, um die zukünftigen Handlungsspielräume der Budgets nicht völlig preiszugeben - das synchrone, auf einen genau definierten Zeitpunkt ausgerichtete Vorgehen bewirkte allerdings einen besonders ausgeprägten gesamteuropäischen Nachfrageentzug).

Es bleiben somit nur die Exporte - auch unterstützt durch den wiedererstarkten Dollar - als dynamische Nachfragekompoänente. Diese sind zwar typischerweise die treibende Kraft am Beginn eines Konjunkturaufschwunges, aber der Impuls muß seine Fortsetzung in Investitionen und in weiterer Folge auch im Konsum der Haushalte finden, um zu einem nachhaltigen, selbsttragenden und die Arbeitslosigkeit reduzierenden Aufschwung zu führen. Und dieses Überspringen auf Investitionen und Konsum fehlte eben weitgehend im bisherigen Verlauf der neunziger Jahre.

III.

Wenn auch die erhoffte kräftigere Konjunkturbelebung, die eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich bringt, schon (zu) lange auf sich warten ließ, so sollte - solange der Wirtschaft nichts Schlechteres widerfährt als Wachstumsraten um zwei Prozent - aber auch nicht der Fehler begangen werden, in einen depressiven Konjunkturpessimismus zu verfallen und alles krankzujammern. Im Gegenteil, das Schlimmste könnte tatsächlich ausgestanden sein, und die Früchte der beinharten Umstrukturierungsmaßnahmen der neunziger Jahre nähern sich - wenn man es zuläßt - dem erntereifen Zustand. Falls nicht ein Rückfall in das unausgewogene, da die Nachfrageseite vernachlässigende, Policy-Mix der jüngeren Vergangenheit die Entwicklung stört, so könnten sich nun erstmals die in den vergangenen Jahren wiederholt verkündeten, aber dann (mangels Nachfrage) nicht erfüllten, Prognosen einer kräftigeren und nachhaltigeren Aufschwungphase nach klassischem Muster bewahrheiten. Die Voraussetzungen dazu erscheinen jedenfalls besser gegeben zu sein, als dies lange Zeit der Fall war.

An der bereits beschriebenen positiven Situation wesentlicher angebotsseitiger Faktoren sollte sich nicht viel ändern. Wesentliche Quellen von Unsicherheiten werden bald ausgeräumt sein (Wer nimmt - zu welchen Umrechnungskursen - an der Währungsunion teil?), Wechselkursschwankungen als Krisenursache verlieren in der Währungsunion großteils ihre Bedeutung, und die Gemeinschaftswährung müßte auch zu einer

Kostenentlastung führen. Wenn sich dann noch die Binnennachfrage belebt, spricht eigentlich nichts mehr gegen eine investitions- und in der Folge auch wieder konsumgetragene Wachstumsperiode wie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Wie realistisch ist aber eine solche Belebung?

Offensichtlich wurde sie jedenfalls den kurz- und mittelfristigen Prognosen der Kommission zugrunde gelegt, was natürlich noch nicht deren Eintreffen garantiert. Vielmehr lösten diese Prognosen bei vielen Kommentatoren Skepsis aus, ja sie führten gelegentlich sogar zu der Vermutung, es handle sich um zu optimistische "normative" Prognosen mit dem Zweck, die finanziellen Folgen künftiger Herausforderungen leichter bewältigbar erscheinen zu lassen. Tatsächlich läßt sich aber eine Reihe guter Argumente für diese positive Erwartung ins Treffen führen.

Zuerst einmal ist eine Verbesserung der Beschäftigungslage eine wichtige Voraussetzung zur Steigerung der Nachfrage, sowohl durch die Anhebung der Massenkaufkraft als auch durch die Verbesserung der Erwartungen von Investoren und Konsumenten. Und die Erfolge der exportorientierten Sektoren dürften langsam doch ihren Niederschlag auf dem Arbeitsmarkt finden. Die Kommission erwartet für die Jahre 1997/98/99 einen Beschäftigungsanstieg um 0,5/0,75 /1,75 Prozent, was über den gesamten Zeitraum ein Plus von 3,8 Millionen ergäbe. Ähnlich optimistisch beurteilt auch die OECD die Beschäftigungsaussichten, wenn auch mit einem im Zeitverlauf etwas anderen Muster (für 1997/98 etwas optimistischer, für 1999 etwas schwächer).

Einen weiteren wesentlichen Impuls erhielt die heimische Nachfrage in jüngster Vergangenheit, im Gegensatz zur ersten Hälfte der neunziger Jahre, durch ein gesunkenes (wenn auch real noch immer recht hohes) Zinsniveau. Hier stellt sich natürlich die Frage nach der Reaktion der Geldpolitik auf das Anziehen der Konjunktur, reagierte doch die Deutsche Bundesbank schon im Herbst mit einer leichten Erhöhung der Leitzinsen auf die verbesserten Wirtschaftsdaten und auf den aus ihrer Sicht vermutlich besorgniserregenden Preisauftrieb. Doch auch in der Geldpolitik eröffnen sich in der kommenden Währungsunion - zumindest potentiell - erfreulichere Perspektiven. Die Inflationsraten in der EU konvergieren gegen einen im historischen Vergleich extrem niedrigen Wert, und einem beschleunigten Preisauftrieb sind trotz anziehender Konjunktur recht enge Grenzen gesetzt. Denn von der öffentlichen Hand sind unter den Bedingungen von Währungsunion und Stabilitätspakt ebensowenig inflationäre Impulse zu erwarten wie von der Lohnkostenseite. Wenn sich auch die Lohnzuwächse zur Stabilisierung der Massenkaufkraft stärker als in den letzten Jahren am Produktivitätsfortschritt ori-

entieren sollten, so ist dennoch aufgrund der vorhandenen freien Kapazitäten (insbesondere am Arbeitsmarkt) mit keinem preistreibenden Lohnkostenschub zu rechnen, zumal die Kollektivvertragsparteien in vielen Ländern zunehmend zu kooperativen und die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen verstärkt berücksichtigenden Lösungen tendieren.

Es bedarf nun offensichtlich "nur" mehr einer Wirtschaftspolitik, die das vorhandene Potential zu nutzen und den richtigen Policy-Mix zu finden vermag, wobei eine Abstimmung zwischen allen wirtschaftspolitischen Akteuren notwendig sein wird. Die EZB wird die Möglichkeit haben, bei Abstimmung mit der Einkommenspolitik der Sozialpartner eine nachfragestimulierende und damit stärker wachstumsorientierte Geldpolitik zu betreiben. Die innere Stabilität der Währung ist auch ohne restriktiven Kurs zu bewahren. Die Bedeutung der äußeren Stabilität ist differenzierter einzuschätzen, vor allem wenn man sich vor Augen führt, daß das "Wirtschaftswunder" der USA in den neunziger Jahren nicht unwesentlich auf einem unterbewerteten Dollar beruhte, und daß die gegenwärtige Konjunkturbelebung in Europa massiv durch das Erstarken des Dollarkurses gefördert wurde. Jedenfalls scheint - der politische Wille vorausgesetzt - der große Wirtschaftsraum der Währungsunion mit ihrem intern stark verflochtenen Binnenmarkt der Wirtschaftspolitik wieder mehr Freiräume zu geben.

IV.

Abschließend sollen noch einige - zugegebenermaßen flüchtige - Betrachtungen angestellt werden, welche die gängige Interpretation der Positionierung Österreichs im europäischen Konjunkturumfeld etwas zurechtrücken sollen. Blickt man auf die wesentlichen makroökonomischen Aggregate, so drängen sich dem kritischen, aber oft an der Oberfläche verharrenden Beobachter zwei schlagzeilentaugliche Feststellungen bezüglich der Entwicklung in den letzten Jahren auf: erstens der in historischer Perspektive anormale Wachstumsrückstand gegenüber dem EU-Durchschnitt und zweitens die unerfreuliche Entwicklung der Anfang der neunziger Jahre noch ausgeglichenen Leistungsbilanz, also "untrügliche" Zeichen für Strukturschwächen der heimischen Wirtschaft, die deren internationale Wettbewerbsfähigkeit auszehren.

Hier soll ebensowenig Schönfärberei betrieben wie dramatisiert werden. Hier soll nur auf einige Fakten hingewiesen werden, welche die notorischen Austro-Skeptiker in ihre Analysen mit einbeziehen sollten. Was die Wachstums*performance* betrifft, sollte jedenfalls berücksichtigt werden, daß bekanntermaßen

hohe Wachstumsraten um so schwerer erzielbar sind, je höher das erreichte Niveau ist. (Im Falle einer Erweiterung der EU um ärmere Länder wird man sich in den Ländern mit höherem Pro-Kopf-Einkommen daran gewöhnen müssen, nicht mehr Wachstumsvorreiter zu sein.) In Österreich kommt dazu das Spezifikum, daß internationale Konjunkturschwankungen - nicht zuletzt durch die stabilisierende sozialpartnerschaftliche Einkommenspolitik - in der Regel nur gedämpft und zeitlich verzögert wirksam werden, was sich auch im jüngsten Zyklus zu bestätigen scheint. Die segensreiche Wirkung der geringeren Volatilität wird also in internationalen Abschwüngen gerne angenommen, im Aufschwung aber als Schwäche charakterisiert.

Die Entwicklung der Leistungsbilanz ist in der Tat unerfreulich, allerdings vor allem den Faktoren *Reiseverkehr* und *Transferzahlungen an die EU* zuzuschreiben. Aus dem vorhandenen Strukturproblem der österreichischen Tourismuswirtschaft sollte aber nicht direkt auf ein allgemeines Strukturproblem der exportorientierten Sektoren geschlossen werden, zumindest nicht auf ein durch dramatische Änderungen aufgetretenes, neues Problem, denn das traditionelle Defizit im Warenhandel verändert sich - in Prozent des BIP ausgedrückt - nicht in relevanten Dimensionen. Die gute internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Produzenten zeigt sich an der über Jahre hinweg hohen Wachstumsrate der Warenexporte, die - mit Ausnahme der beiden Aufwertungsjahre - auch zu teils beachtlichen Marktanteilsgewinnen in den neunziger Jahren führte. Die kurzfristigen Konjunkturprognosen gehen von einer Fortsetzung dieser Tendenz aus. Vereinfacht könnte man sagen: das "Strukturproblem" liegt nicht bei den existierenden Unternehmen, denn diese weisen eine gute *Performance* auf - es gibt bloß zu wenig davon.

Für die Prognose der österreichischen Wirtschaftsentwicklung dürfte jedenfalls in ganz besonderem Maße gelten, was auch die EU generell betrifft: Treten keine völlig unvorhersehbaren externen Schocks auf, so liegen die derzeitigen Prognosen eher noch auf der pessimistischen Seite, nämlich wenn ab dem nächsten Frühjahr in Unsicherheiten begründete Wachstumshemmnisse wegfallen werden und sich die Erwartungen von Investoren und Konsumenten verbessern.

V.

Die Erfahrung zeigte, daß sich mit dem europäischen Deregulierungs- und Konsolidierungskurs der neunziger Jahre zwar die Profite steigern ließen, aber jedenfalls keine Beschäftigung geschaffen werden konnte. Wie zu erwarten war, wirkten sich die (negativen) Nachfrageeffekte rasch und unmittelbar aus,

die (erhofften positiven) Angebotseffekte wirken dagegen nur langsam und sind unsicher. Gegen Ende des Jahrzehnts scheinen sich aber etwas günstigere Zukunftsperspektiven für Wachstum und Beschäftigung abzuzeichnen. Nicht zuletzt der Amsterdamer Gipfel der EU-Regierungschefs gab diesbezüglich ermutigende Signale, scheint doch das Bewußtsein über die Bedeutung der Nachfrage, aber auch der Koordination und Kooperation, soweit gestiegen zu sein, daß wieder die notwendige ganzheitliche Betrachtung des Wirtschaftsgefüges platzgreifen kann. Nun liegt es vor allem an der Bereitschaft der politischen Akteure, die sich aus der kommenden Wirtschafts- und Währungsunion ergebenden Chancen für die Gestaltung einer wachstums- und beschäftigungsfördernden Makro-Politik zu nutzen. Die Periode der österreichischen Ratspräsidentschaft bzw. der Mitgliedschaft in der "Troika" sollte nicht ungenutzt bleiben, um stärkere Akzente in diese Richtung zu setzen.